

Generationengerechtigkeit gestalten: Parlamentarischer Abend des DBJR bringt Politik und Jugendverbände ins Gespräch

Berlin, den 19.05.2026

Unter dem Motto „Generationengerechtigkeit gestalten – Politik für und mit jungen Menschen stärken“ fand der Parlamentarische Abend des Deutschen Bundesjugendrings (DBJR) in der Alten Pumpe in Berlin statt. Gemeinsam mit Vertreter*innen aus Jugendverbänden, Bundespolitik, Verwaltung und Zivilgesellschaft diskutierte der Bundesjugendring darüber, wie politische Entscheidungen die Interessen junger Menschen heute und in Zukunft stärker berücksichtigen können.

„Generationengerechtigkeit ist kein abstrakter Begriff aus einem Grundsatzpapier und auch kein freundlicher Zusatz in Koalitionsverträgen. Sie entscheidet ganz konkret darüber, wie junge Menschen leben, lernen, arbeiten und sich engagieren können – heute und in Zukunft“, betonte DBJR-Vorsitzender Wendelin Haag in seiner Begrüßung. „Und sie ist eine der zentralen Demokratiefragen unserer Zeit. Demokratie muss gerade die im Blick behalten, die mit den Entscheidungen von heute am längsten leben werden.“

Im Mittelpunkt des Abends standen aktuelle jugendpolitische Fragen der Generationengerechtigkeit: Wie kann Rentenpolitik so gestaltet werden, dass junge Menschen Vertrauen in soziale Sicherungssysteme behalten? Wie kann Sozialpolitik Teilhabe ermöglichen und Unsicherheiten abbauen? Welche Rahmenbedingungen braucht gesellschaftliches Engagement, damit junge Menschen sich unabhängig von ihren Lebensrealitäten einbringen können? Und wie kann demokratisches Engagement junger Menschen abgesichert werden, wenn Demokratie und Zivilgesellschaft unter Druck geraten?

„Junge Menschen übernehmen Verantwortung. Sie engagieren sich selbstorganisiert, setzen sich für Demokratie ein, bringen konstruktive politische Lösungen in die Debatten ein und halten unsere Gesellschaft oft dort zusammen, wo andere längst den Rückzug angetreten haben“, sagte DBJR-Vorsitzende Daniela Broda. Dieses Engagement entstehe jedoch nicht im luftleeren Raum: „Es braucht Zeit, Infrastruktur, Förderung – und manchmal schlicht die Gewissheit, dass Beteiligung und Engagement politisch auch gewollt ist.“

Auf dem Podium brachten Johannes Winkel (MdB, Bundesvorsitzender Junge Union), Tim Klüssendorf (MdB, Generalsekretär SPD), Nyke Slawik (MdB, Obfrau BFSFJ-Ausschuss B90/Die Grünen) und Heidi Reichinnek (MdB, Fraktionsvorsitzende Die LINKE) ihre Perspektiven auf generationengerechte Politik ein. In kurzen Eingangsstatements setzten sie Impulse zu generationengerechter Rentenpolitik, Sozialpolitik, Engagementpolitik und zur Absicherung demokratischer Beteiligung junger Menschen. Die Beiträge machten deutlich: Generationengerechtigkeit ist ein Querschnittsthema, das weit über einzelne Ressorts hinausreicht.

„Generationengerechtigkeit bedeutet nicht, Jung gegen Alt auszuspielen“, so Daniela Broda weiter. „Es geht darum, dass die Lasten der Transformation – sei es bei Rente, Sozialstaat, Ehrenamt oder Demokratie – nicht einfach im Rucksack der heute Jungen abgeladen werden.“

Im Anschluss an die Podiumsrunde wurde die Diskussion an Thementischen vertieft. Dort tauschten sich Vertreter*innen aus den Mitgliedsorganisationen des Bundesjugendrings, die Abgeordneten von der Bühne sowie weitere Abgeordnete und Entscheidungsträger*innen angeregt über politische

Handlungsbedarfe aus. Im Mittelpunkt standen konkrete Fragen nach verlässlicher Beteiligung, sozialer Sicherheit, tragfähigen Rahmenbedingungen für Ehrenamt und dem Schutz demokratischer Infrastruktur.

Die Jugendverbände und Landesjugendringe im Bundesjugendring repräsentieren mehr als 6 Millionen junge Menschen. Sie organisieren sich demokratisch, ehrenamtlich und selbstbestimmt – von der lokalen Ebene bis in bundesweite und europäische Zusammenhänge. Damit sind sie zentrale Orte politischer Bildung, demokratischer Praxis und gesellschaftlicher Verantwortung.

Pressekontakt:
Deutscher Bundesjugendring
Frederik Sübai
www.dbjr.de
presse@dbjr.de
+49 30 400 40 410